



SAW Extra-Newsletter Dezember 2013

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

2013 geht langsam dem Ende zu. Eine politisch intensive Zeit liegt hinter uns und auch 2014 wird ein engagiert-kämpferisches Jahr werden. Mit diesem Sondernewsletter wollen wir uns für dieses Jahr verabschieden. Mit der neuen Regierung gehen politische Vorhaben ins Rennen, die wir kritisch begleiten und mitgestalten wollen. In diesem Sinne erreichen dich die besten Wünsche für ein gutes neues Jahr zusammen mit unserer Einschätzung zum Koalitionsvertrag. Wir stimmen uns sozusagen schon einmal auf das Jahr 2014 ein.

Bevor es mit unserer politischen Arbeit weitergeht, wünschen wir aber erst einmal erholsame Feiertage und einen schönen Jahreswechsel.

Dein S@W Team

Inhalt

Koalitionsvertrag - Das sagt die DGB-Jugend

Seminarhinweis

Impressum

Koalitionsvertrag - Das sagt die DGB-Jugend

Anmerkungen zum Koalitionsvertrag mit Blick auf studentische Interessen - "Vorne mmh hinten naja"

Von einem "Jahrzehnt der Hochschulen" hatten Politiker_innen schon während der Koalitionsverhandlungen gesprochen. Das klingt vielversprechend - ähnlich vielversprechend wie die Präambel des Koalitionsvertrags, in der es heißt: "Bildungs- und Zukunftschancen junger Menschen dürfen nicht mehr von ihrer sozialen Herkunft abhängen" Wer jetzt

allerdings annimmt, dass sich diese Grundprämisse durch die hochschulpolitischen Punkte im Koalitionsvertrag zieht, irrt leider. Denn dort finden sich wenig Stützpfeiler, die diesen Anspruch absichern könnten.

1. Die BAföG-Reform

Die dringend anstehende BAföG Reform, die den Hochschulzugang unabhängig vom Portemonnaie der Eltern sicherstellen soll, wird im Koalitionsvertrag noch nicht einmal erwähnt. Ob im Verhandlungsmarathon untergegangen oder bewusst rausgefallen, ist erst einmal egal. Die BAföG Reform muss kommen. Hier nur noch einmal zur Erinnerung: Die Gewerkschaftsjugend fordert den Ausbau und die Stärkung der öffentlichen Studienfinanzierung und eine schnellstmögliche BAföG-Reform. Die Bedarfssätze und Freibeträge müssen deutlich erhöht und auch der Empfänger_innenkreis vergrößert werden. Strukturelle Verbesserungen muss es mindestens bei der Förderung von Teilzeitstudien und den Rahmenbedingungen für die Förderung von Masterstudiengängen geben. Wir fordern darüber hinaus, dass das ehrenamtliche Engagement als Verlängerungsgrund im BAföG verankert wird. Mitverhandlungsführerin und alte/neue Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) hatte bereits im Sommer 2013 eine Reform des BAföG angekündigt. Wir werden verstärkt darauf drängen, dass diese umgesetzt wird, und unsere Forderungen in die Öffentlichkeit tragen.

2. Exzellenz im Allgemeinen und die Grundfinanzierung der Hochschulen

Die Exzellenzinitiative, also die Förderung herausragender Forschung an den Hochschulen soll weitergeführt und -entwickelt werden. Auch die Exzellenzförderung bei Studierenden ist in Form des Deutschlandstipendiums, mit der Zielmarke 2% aller Studierenden im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Damit wird aus unserer Sicht ein falsches Signal gesetzt. Elitenförderung und Elitenuniversitäten gehen vielleicht mit einem Wettbewerbsgedanken zusammen, aber nicht mit dem Anspruch Bildungsgerechtigkeit zu realisieren. Hochschulbildung muss gleichwertig und vielfältig sein. Wir wollen keine Hochschullandschaft, in der zwischen Masse und Elite unterschieden wird, sondern ein flächendeckendes hochwertiges Studienangebot.

Aus dieser Perspektive begrüßen wir, dass mehr Geld für die Grundfinanzierung der Hochschulen bereitgestellt werden soll. Bei einem Gesamtetat Bildung von 6+3 Milliarden Euro, verteilt auf vier Jahre, kann es sich dabei aber nur um Peanuts handeln. Auch wenn die Verteilung noch unklar ist, sind mit diesem Geld nicht Kitausbau, eine angemessen verbesserte Finanzierung im Bildungsbereich und die Weiterführung der Bund-Länder-Pakte für Hochschule und Forschung umzusetzen.

Die Frage, woher eigentlich das Geld für Bildungsinvestitionen kommen soll, bleibt offen. Das Kooperationsverbot wird nicht angetastet und der Bund darf demnach weiterhin nur stark eingeschränkt die Länder in der Bildungsfinanzierung unterstützen. Da auch mögliche Steuererhöhungen vom Tisch sind und an der Schuldenbremse der Länder festgehalten wird, dürfte sich der Finanzdruck im Bildungsbereich eher verstärken. Was das für den Hochschulbereich heißt, sieht man aktuell gut in Thüringen, wo massive Kürzungen und 300 Stellenstreichungen geplant sind.

3. Hochschulpakt

Der Ausbau von Studienplätzen ist, bei gleichbleibend hohen Studierendenzahlen, dringend notwendig. Daher ist es gut, dass der Hochschulpakt immerhin verlängert, und darin gute Lehre honoriert und der verbesserte Studienzugang beruflich Qualifizierter verankert werden soll. Leider bleiben in diesem Konzept sowohl der infrastrukturelle Rahmen eines Studiums als auch die Masterplatzsituation unberücksichtigt. Diese würde nicht nur die Verlängerung, sondern auch den Ausbau des Hochschulpakts bedeuten. Perspektivisch muss sich der Bund auch dauerhaft an der Hochschulfinanzierung beteiligen und damit einen bedarfs- und nachfrageorientierten Studienplatzausbau gewährleisten.

4. soziale Infrastruktur des Studiums

Ein systematisches Angehen der Infrastrukturprobleme an und um die Hochschulen fehlt bisher gänzlich und lässt sich auch im Koalitionsvertrag nicht ausmachen. Dort steht zwar, dass die Initiative zur Schaffung studentischen Wohnraums fortgeführt werden soll, aber bisher kam aus dem Ministerium Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vor allem der Vorschlag, militärischen Liegenschaften und Büroimmobilien als Wohnraum nutzbar zu machen und Investoren für den Bau von Wohnraum für Studierende zu mobilisieren. Was dabei herauskommt, zeigt ein Blick nach Berlin. Dort entstand eine Containersiedlung für Studierende. Und das bedeutet vor allem: teurer, minderwertiger Wohnraum oberhalb des Mietpiegels, der nicht von der BAföG Wohnraumpauschale gedeckt wird, aber hip ist.

Ganz davon abgesehen, ist Wohnraum nur ein Aspekt der Infrastruktur für Studierende. Mensen, öffentlicher Nahverkehr und ein barrierefreier Campus gehören dazu, ebenso wie Kinderbetreuungsangebote für studierende Eltern sowie Beratung- und Unterstützungsangebote für Studierende allgemein. Hierfür sind vor allem die Studentenwerke zuständig und mit entsprechenden Mitteln auszustatten.

5. Fazit: Der Koalitionsvertrag liest sich besser, als mögliche Resultate sein können.

Zwar wurden einige gewerkschaftliche Forderungen im Koalitionsvertrag aufgegriffen, zum Beispiel, wenn es um verlässliche und planbare Karrierewege in der Wissenschaft geht oder um die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG). Es ist ein Fortschritt, dass das Problem dauerbefristeter Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen erst einmal auch seitens der Regierungskoalition erkannt und benannt wird.

Die Chance für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen, hat die große Koalition leider nicht wahrgenommen. Damit hat sie auch klare Grenzen für Investitionen im Bildungsbereich gesetzt. Wir fordern eine sozial gerechte Steuerreform, die Vermögen, Erbschaft und hohe Einkommen angemessen besteuert. Diese staatlichen Mehreinnahmen könnten sinnvoll ins Bildungssystem fließen. Ohne eine solche Reform und ohne stärkere Beteiligung des Bundes an Bildungsausgaben sind die angestrebten Verbesserungen der Arbeits- und Studienbedingungen an Hochschulen bei gleichbleibend hohen Studierendenzahlen und schrumpfenden Ländermitteln nicht umsetzbar. Befristete Finanzausgaben, wie über die Verlängerung des Hochschulpakts und des Pakts für Forschung und Innovation, sind da leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Ein unterfinanziertes Hochschulsystem wird jedenfalls sicher nicht ein "Jahrzehnt der Hochschulen" einläuten.

Den Koalitionsvertrag zum Nachlesen findet ihr [hier](#) und den Abschlusskommentar zu unserer Jugend macht Ansage-Kampagne [hier](http://jugend.dgb.de/-/ibi) (<http://jugend.dgb.de/-/ibi>). Ebenfalls immer wieder interessant, unser [hochschulpolitisches Programm](http://www.dgb.de/-/5hn) (<http://www.dgb.de/-/5hn>) und für alle die

immer noch mehr lesen wollen, der [Köpenicker Appell der GEW](http://gew.de/Koepenicker_Appell.html) (http://gew.de/Koepenicker_Appell.html).

Seminarhinweis

Für diejenigen, die gewerkschaftliche Studierendenarbeit super interessant finden, aber noch neu in dem Thema sind, ist dieses Seminar genau richtig. Es gibt noch freie Plätze:

Studierendenarbeit - was ist das eigentlich? Qualifizierungsseminar für gewerkschaftlich Aktive in der Studierendenarbeit

Die Beschäftigungsstruktur in Betrieben hat sich in den letzten Jahrzehnten fundamental verändert: Der Anteil von Angestellten und Beschäftigten mit Hochschulabschluss nimmt stetig zu. Häufig ist es zu spät, Hochschulabsolvent_innen erst im Rahmen des Berufseinstiegs gewerkschaftlich anzusprechen. Denn die überwiegende Zahl der Studierenden kommt aus akademisch geprägten Elternhäusern und hatte keine gewerkschaftlichen Berührungspunkte. Dabei sind Erwerbsarbeit neben dem Studium und das Absolvieren von Betriebspraktika eher die Regel als die Ausnahme. Studierende brauchen schon während des Studiums gewerkschaftliche Unterstützung. In diesem Seminar soll es darum gehen, eine Grundlage zu dem Themenkomplex Arbeits-, Lern- und Lebensverhältnisse von Studierenden zu legen und so aufzuzeigen, wie Studierende für gewerkschaftliche Ideen und für eine Mitgliedschaft gewonnen werden können. Das Seminar schafft einen Überblick über die Bandbreite und Themen der gewerkschaftlichen Studierendenarbeit. Das Ziel ist, Hauptamtlichen sowie ehrenamtlich Aktiven einen Einstieg in die gewerkschaftliche Studierendenarbeit zu ermöglichen und die Fülle an Angeboten und Ansprachemöglichkeiten kennenzulernen.

Die Anmeldung erfolgt [hier](http://www.dgb-jugendbildung.de/jugend/seminar/614278823) (<http://www.dgb-jugendbildung.de/jugend/seminar/614278823>).

Impressum

Dies ist der Newsletter der DGB-Jugend im DGB Bundesvorstand zum Thema Studium. Er erscheint idealerweise alle ein bis zwei Monate und informiert über aktuelle hochschul- und sozialpolitische Themen, Termine und Ereignisse sowie entsprechende Seminare und Workshops. Das Newsletter-Archiv ist derzeit nicht erreichbar.

Um den Newsletter zu abonnieren oder das Abonnement zu kündigen, so ist das derzeit nur per Mail an studienjob@dgb.de möglich. Die Redaktion ist unter studienjob@dgb.de zu erreichen. ViSdP ist Florian Haggemiller, DGB-Jugend im DGB Bundesvorstand, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin.